

August Bebel

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und tutti quanti¹

Berliner Volksblatt Nr. 181 vom 7. August 1890²,
entnommen aus: August Bebel, *Ausgewählte
Reden und Schriften*, Band 2, Erster Halbband,
Berlin 1978, S. 786-791

Die Erfolglosigkeit des Sozialistengesetzes hat unseren Gegnern stets große Kopfschmerzen bereitet. Da die Hoffnungen, die sie auf dasselbe gesetzt, mit jedem Jahre seiner Dauer immer mehr zusammenschumpften, erwarteten sie von Zufälligkeiten ihre Rettung und ihr Heil. Seit Jahr und Tag klammerten sie sich nunmehr an die Hoffnung einer Spaltung der Partei und suchten ängstlich nach jedem Schein von Meinungsverschiedenheit, um ihn zu einer gefährdenden Krise aufzupuffen.

Dieses Suchen unserer Gegner nach Differenzen nahm von dem Augenblick an, wo feststand, dass das Sozialistengesetz falle, einen krankhaften Charakter an. Mit nervöser Gier untersuchte man die Spalten unserer Blätter, um irgendein Symptom zu entdecken, das die Hoffnung auf Spaltung rechtfertige, und suchte es, oft zum Erstaunen in unseren eigenen Reihen, mikroskopisch zu vergrößern und ins riesenhafte aufzubauschen.

Kein denkender Parteigenosse, der diese gierige Hoffnung auf Spaltung und diese blindwütige Sucht, in unsere eigenen Reihen Verwirrung zu tragen, nicht kannte.

Um so mehr gebot jedem einzelnen das Parteiinteresse, nichts zu tun, was den Glauben und die Hoffnungen unserer Gegner zu rechtfertigen schien.

Damit soll und kann nicht gesagt sein, dass da, wo *wirkliche* Meinungsverschiedenheiten bestanden, diese nicht ausgefochten, oder wo Fehler begangen wurden, diese nicht kritisiert wurden. Das hieße alles Parteileben ersticken und zur Versumpfung bringen. Am aller wenigsten kann eine lebens- und kampfesfrohe, den höchsten Zielen der Menschheit zustrebende Partei wie die Sozialdemokratie einen solchen Zustand vertragen oder auch nur dulden.

Wenn aber Meinungsverschiedenheiten ausgefochten und Kritik geübt werden soll, musste das *offen* und *ehrlich* geschehen. Man musste Dinge und Personen, um die es sich handelte, bei *Namen* nennen und so jedem Gelegenheit geben, sich Klarheit zu verschaffen, und dem Angegriffenen die Möglichkeit, sich zu verteidigen.

Diese einfachsten Regeln eines ehrlichen Kampfes sind aber verschiedenseitig nicht beachtet worden.

Seit geraumer Zeit ist in einzelnen Blättern eine nörgelnde Kritik an den Parteizuständen geübt worden, die nur erkennen ließ, dass man mit diesem und jenem unzufrieden sei, ohne dass es auch dem aufmerksamsten Leser dieser Anklagen möglich war zu erkennen, gegen welche bestimmten Personen, Hand-

lungen oder Einrichtungen diese nörgelnde Kritik sich richte. Man sprach und spricht von vorhandenen Differenzen und wiederholt dieses Wort von allen Seiten, ohne bisher auch nur anzugeben, worin denn diese Differenzen eigentlich bestehen und durch wen sie hervorgerufen wurden.

In dieser Art Kampfweise hat sich insbesondere die in Dresden erscheinende „Sächsische Arbeiterzeitung“ hervorgetan, die seit geraumer Zeit keine Woche vorübergehen ließ, ohne durch den einen oder anderen ihrer Artikel mehr oder weniger versteckte Angriffe gegen die Fraktion und die Zustände in der Partei im allgemeinen zu machen, und dadurch zu einer wahren Fundgrube für die sensationslüsterne gegnerische Presse wurde.

Ich kann mich hier auf eine ausführliche Darlegung der Einzelangriffe des Blattes, von *welchen aber kein einziger offen und gerade auf sein Ziel losging*, nicht einlassen. Das würde mich nicht nur zu weit führen, ich halte es auch für überflüssig, weil ich nächster Tage Gelegenheit haben werde, vor den Parteigenossen von Dresden und Umgegend und den Redakteuren und Eigentümern des Blattes³ meine Anklagen zu begründen, außerdem wird sich der Parteitag mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Den Hauptangriff, den das Blatt brachte, enthielt die Nummer 88 vom 23. Juli in einem Artikel, betitelt „Der 1. Oktober“, gegen den sich meine Erklärung in der Nummer 173 des „Berl[iner] Volksblattes“ richtete. Als Verfasser dieses Artikels hat sich laut Erklärung im „Berliner Volksblatt“ Herr Bruno Wille bekannt.

Seine Erklärung hat wenigstens den Wert für die Parteileitung, dass er sagt, er habe nicht beleidigen, sondern nur kritisieren wollen. Aber ich bedauere, dass er dann eine Form gewählt hat, die, objektiv betrachtet, auf eine Beleidigung der Parteileitung hinauskommt. Nicht allein haben alle Genossen, mit denen ich über die Sache gesprochen, diesen Eindruck bekommen, insbesondere hat auch die Art, wie die gesamte gegnerische Presse jenen Artikel verwertete, über diesen Eindruck keinen Zweifel gelassen.

Herr Br. Wille erklärte ausdrücklich, dass er in ein Wespennest greife auf die Gefahr hin, von den Wespen, in deren Nest er greife, gestochen zu werden. Dieses Bild ist deutlich. Er wendete sich dann in seinen Ausführungen gegen die Parteileitung, also auch gegen mich. Er bezeichnet als Wirkungen des Sozialistengesetzes für die Parteileitung, dass das persönliche Element vielfach vor das sachliche getreten sei, dass persönlicher Ehrgeiz und *private Interessen* zuweilen über Gebühr zur Geltung gelangten, *dass die Korruption in die Partei gekommen sei*.

Das sind Vorwürfe so starker und beleidigender Art, *dass derjenige, der sie ausspricht, auch verpflichtet ist, sie zu beweisen*.

Insbesondere erwarte ich, dass diese Anklagen, die stärksten, die man gegen ehrenhafte Männer, die sich

¹ ital.: alle zusammen, ohne Ausnahme

² Auszugsweise im „Sozialdemokrat“ vom 16. August 1890 nachgedruckt.

³ Das waren zu jener Zeit Hermann Schönfeldt und Otto Harnisch. Im Verlag des Letzteren wurden ab 1890 die „Lichtstrahlen – Zeitschrift für volksverständliche Wissenschaft und atheistische Weltanschauung“ – das „erste proletarische Freidenkerorgan mit libertären Tendenzen“ (DadA) herausgegeben.

bewusst sind, jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben, und die Parteigeschäfte in den zwölf Jahren unter dem Sozialistengesetz ohne den geringsten persönlichen Vorteil führten, *auf dem Parteitag bewiesen werden*.

Weil diese Anklagen nicht bewiesen wurden, habe ich den harten Ausdruck in meiner Erklärung mit voller Absicht gebraucht, und ich werde ihn auf dem Parteitag *wiederholen*, falls der Beweis für die erhobenen Anschuldigungen ausbleibt oder dieselben nicht zurückgenommen werden.

Genau wie mit der Anschuldigung, dass die Korruption in der Partei herrsche, steht es mit den Anschuldigungen von Autoritätsherrschaft, Personenkultus und Cliqueswesen. Auch hier erwarte ich für diese von verschiedenen Seiten erhobenen Beschuldigungen den Beweis, wer sie begünstigt oder großgezogen hat und durch welche Mittel sie hervorgerufen wurden, Es dürfte sich einmal wieder zeigen, dass bei dieser Art Anschuldigungen auf gar mancher Seite kleinlicher Neid, unbefriedigter Ehrgeiz und ein gut Stück Demagogie die Motive bilden.

Aber nicht genug mit diesen Anschuldigungen, bezichtigte man die Parteileitung auch lächerlich genug, die freie Meinungsäußerung in der Partei zu unterdrücken und das Verschwinden sogenannter „unabhängiger Blätter“ (sic!), wie der „[Berliner] Volks Tribüne“ und der „Sächs[ischen] Arbeiterzeitung“, herbeiführen zu wollen.

Ich traute meinen Augen nicht, als ich das las. Welche *Lügen* müssen speziell unter den Berliner Genossen kolportiert werden, wenn Herr Bruno Wille sich zu solchen Behauptungen versteigt. An diesen Behauptungen ist auch nicht ein wahres Wort, und es ist, gelinde gesagt, eine Leichtfertigkeit ohnegleichen, sie in die Welt zu setzen ohne den Schatten eines Beweises.

Welche Taktik die Parteileitung bisher der Parteipresse gegenüber beobachtet hat, darüber können die Parteiblätter selbst doch nicht im Zweifel sein. Man trete mit Beweisen hervor, wo die freie Meinungsäußerung derselben, sei es durch die Fraktion, sei es durch den Fraktionsvorstand, beeinflusst wurde. Die Parteileitung hat sich bisher von jeder Einmischung in die Gründung wie in die Leitung der Lokalpresse ferngehalten; sie hat auf alle an sie ergangenen Anforderungen geantwortet, sie lehne es prinzipiell ab, sich in die Gründung von Lokalblättern einzumischen; sie überlasse es den Genossen der einzelnen Orte, ob sie Blätter gründen wollten oder nicht; sie übernehme weder eine Verantwortung, noch könne sie Mittel dazu gewähren, die überhaupt für solche Zwecke nicht gesammelt seien.

Diese Antwort ist in den letzten sechs Monaten in einer ganzen Anzahl von Fällen erteilt worden, und ich fordere jeden auf, auch nur eine einzige Tatsache anzuführen, die diesem widerspräche.

An den Untergang der „Berliner Volks Tribüne“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hat bisher in der Parteileitung kein Mensch gedacht, weder ist hier noch in der Fraktion hierüber verhandelt oder beschlossen worden, und es ist *frivole* Verdächtigung, wenn das Gegenteil behauptet wird.

Was mich speziell betrifft, so habe ich kurz vor Schluss der letzten Reichstagsession in einer Konferenz mit Berliner Genossen, welcher auch die Abgeordneten Auer und Singer beiwohnten, dem Genossen Wildberger auf seine Äußerung, man (d. h. die Berliner Genossen) würde wohl die „Berliner Volks Tribüne“ eingehen lassen, geantwortet, *dass ich dazu gar keinen Grund sähe, ich wüsste nicht, was der Fortexistenz der „Berliner Volks Tribüne“ entgegenstehen sollte*.

Nun vergleiche man mit dieser Äußerung die Ausführungen Willes, und man wird mir zustimmen, wenn ich sage: Es muss in Berlin Leute geben, die systematisch gegen die Fraktion und Parteileitung hetzen und sie verleumden, dass sich Anschauungen, wie sie Wille in seinem Artikel entwickelte, bilden konnten, *die das genaue Gegenteil von der Wahrheit sind*.

Sehr charakteristisch aber ist, dass die „Berliner Volks Tribüne“ den Artikel Willes in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ nachträglich, und zwar, wie mir mitgeteilt wurde, *auf Wunsch derselben Genossen zum Abdruck bringen und zu dem ihrigen machen musste, zu welchen ich die oben angeführte Äußerung bezüglich des Fortbestandes der „Berliner Volks Tribüne“ machte*.

Das wirft ein eigentümliches Licht auf die Berliner Parteiverhältnisse und gibt zu denken.

Herr Wille sagt nun weiter, und die „[Berliner] Volks Tribüne“ und die „Magdeburger Volksstimme“ sagen das gleiche, sein Artikel habe den Zweck gehabt, eine prinzipielle Erörterung hervorzurufen. Ich habe in seinem Artikel nichts Prinzipielles gefunden. Was er kritisierte, sind Personen, die er für Zustände verantwortlich macht, die sie nicht geschaffen, sondern die *ihnen aufgezwungen* wurden. Was ich ihm aber ganz besonders vorwerfe, ist die verletzende Art dieser Kritik, die unmotivierten Anklagen, die er erhebt, und zwar in einem Augenblick, wo der bestehende Zustand zu niemandes größerer Genugtuung sein Ende erreicht als zur Genugtuung derer, die Herr Wille angreift.

Dass die Parteileitung selbst in dem Augenblick, wo eine andere Ordnung der Dinge in der Partei *möglich* war, die Gelegenheit ergriff, mit entsprechenden Anträgen vorzugehen, das beweisen die Anträge und Vorlagen, die sie der Fraktion machte und die in den mittlerweile erfolgten Veröffentlichungen zur Kenntnis aller gelangten und zum Teil noch gelangen werden.

Ich muss annehmen, dass Herr Wille von diesen Plänen *einigermaßen* unterrichtet war, wie ich das gleiche von den Redaktionen derjenigen Blätter voraussetze, die in dieser Sache gegen die Parteileitung das Wort ergriffen. War das nicht der Fall, dann war es nicht weniger unverantwortlich, den Streit zum Gaudium unserer Gegner und zum Schaden unserer Partei vom Zaune zu brechen.

Eine Information zu erlangen war leicht möglich, wenn man den guten Willen hatte. Wurde sie verweigert, so konnte man seine Anklage erheben, eher nicht.

Und nun noch ein Wort gegen die „Magdeburger Volksstimme“. Spricht Wille von der „Korruption“ in der Partei, so spricht der Redakteur des zuletzt genannten Blattes, ein mir unbekannter Herr Hans Müller, in sehr geschmackvoller Weise von den „Krebschäden“ der Partei, von den „eiternden Geschwüren am eigenen Leibe“.

Liest man diese und ähnliche von sittlicher Entrüstung strotzenden Ausfälle dieses Herrn, so müsste man glauben, in der Partei hätten bis jetzt Lumpen und Gauner das Regiment geführt, und es sei eine wahre Wohltat für die Partei, dass Herr Hans Müller, der bis vor etwa 8 Wochen noch Student in Zürich war, glücklich entdeckt und auf den Redaktionsstuhl der „Magdeburger Volksstimme“ als Retter in der Not berufen wurde.

Ich rate dem Herrn, den mir nähere Bekannte von ihm als einen von großem Selbstgefühl beseelten jungen Mann schilderten, sich ein wenig zu mäßigen. Diejenigen, die er heute der „Leisetreterei“ beschuldigt, haben schon zu einer Zeit im Vordertreff en der Partei gestanden, als er noch die ersten Höschen trug oder noch nicht einmal geboren war, und Herr Hans Müller hat erst noch zu beweisen, dass seinen großen Worten auch die entsprechenden Taten folgen.

Damit genug. *Alles übrige in Halle.*

Dresden Plauen, den 5. August 1890

A. Bebel

Quelle: www.geschichtevonunten.de
Zuletzt aktualisiert: 18.09.2010

B.